Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Europäischen Gemeinschaft zur Änderung des Abkommens über den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen

Abgeschlossen am 14. Mai 2009
In Kraft getreten am 1. Juni 2009
(Stand am 1. Juni 2009)

Die Schweizerische Eidgenossenschaft,
im Folgenden «Schweiz» genannt,

und

die Europäische Gemeinschaft,
im Folgenden «Gemeinschaft» genannt,

im Folgenden «Parteien» genannt –

in Erwägung, dass das Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Europäischen Gemeinschaft über den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen¹, im Folgenden «das Abkommen» genannt, am 1. Juni 2002 in Kraft getreten ist.

in Erwägung, dass mit Artikel 6 des Abkommens ein Gemischter Ausschuss für Landwirtschaft eingesetzt wurde, der für die Verwaltung und die ordnungsgemässe Anwendung des Abkommens zuständig ist, im Folgenden «Ausschuss» genannt.

in Erwägung, dass nach Artikel 11 in Verbindung mit Artikel 5 Absatz 2 der Ausschuss über Änderungen der Anhänge 1 und 2 und der Anlagen zu den anderen Anhängen des Abkommens ausser Anhang 11 beschliessen kann. Seit Inkrafttreten des Abkommens hat der Ausschuss verschiedene Änderungen zur Anwendung der Anhänge und ihrer Anlagen beschlossen, insbesondere Aktualisierungen und Anpassungen, die für die Vertiefung der bilateralen Beziehungen entsprechend den Bestimmungen des Abkommens erforderlich waren.

in Erwägung, dass bestimmte Aktualisierungen und Anpassungen zur Berücksichtigung der Entwicklung des Gemeinschaftsrechts und des schweizerischen Rechts jedoch über den Auftrag des Ausschusses hinausgehen. Daher müssen die Anhänge des Abkommens geändert und die Zuständigkeit des Ausschusses durch eine Neufassung von Artikel 11 erweitert werden, um künftige Anpassungen und Aktualisierungen der Anhänge zu erleichtern.

in Erwägung, dass ferner Anpassungen infolge der Erweiterung der Europäischen Union, insbesondere beim Verzeichnis geschützter Bezeichnungen von Wein und Spirituosen auch erfasst werden sollten. Gleichzeitig ist eine Vertiefung der bilateralen Beziehungen in folgenden Bereichen vorzusehen: Bestimmung des Geltungs-

AS 2009 4925

¹ SR 0.916.026.81

bereichs der Anhänge 4 und 5, Verstärkung der Zusammenarbeit bei der Weinkontrolle (Anhang 7), gegenseitige Äquivalenz der Kontrollregelungen für ökologische/biologische Erzeugung (Anhang 9) und Erstellung eines Gemeinsamen Sortenkatalogs für landwirtschaftliche Pflanzenarten (Anhang 6) –
sind wie folgt übereingekommen:

Art. 1

Das Abkommen wird wie folgt geändert:²

1. Artikel 11 erhält folgende Fassung:
...
2. In Anhang 4 Artikel 1 wird der bestehende Absatz nummeriert und folgender Absatz 2 angefügt:
...
3. Anhang 4 Artikel 2 Absatz 3 erhält folgende Fassung:
...
4. Anhang 4 Anlage 3 erhält die Fassung der neuen Anlage 3 des Anhangs I dieses Abkommens.
5. In Anhang 5 Artikel 1 wird folgender Absatz 2a eingefügt:
...
6. In Anhang 6 erhalten die Artikel 5 und 6 folgende Fassung:
...
7. In Anhang 7 erhält Artikel 2 folgende Fassung:
...
8. In Anhang 7 erhalten die Artikel 5, 6 und 7 folgende Fassung:
...
9. In Anhang 7 Artikel 16 wird folgender Absatz 7 angefügt:
...
10. Anhang 7 Anlage 1 erhält die Fassung der neuen Anlage 1 des Anhangs II dieses Abkommens.

² Die hiernach aufgeführten Änd. sind eingefügt im genannten Abkommen.

11. In Anhang 7 Anlage 2 Teil A.I wird die Bezugnahme auf die Verordnungen (EWG) Nr. 823/87 und (EWG) Nr. 4252/88 des Rates ersetzt durch:
...
12. Anhang 7 Anlage 2 Teil A.II wird gemäss Anhang III dieses Abkommens geändert³.
13. Anhang 7 Anlage 2 Teil B erhält die Fassung des Anhangs IV dieses Abkommens.
14. Anhang 7 Anlage 3 erhält die Fassung der neuen Anlage 3 des Anhangs V⁴ dieses Abkommens.
15. In Anhang 7 wird die Anlage 4 gemäss Anhang VI angefügt.
16. Anhang 8 Artikel 2 erhält folgende Fassung:
...
17. Anhang 8 Artikel 4 Absatz 2 erhält folgende Fassung:
...
18. Anhang 8 Artikel 5 Absatz 4 erhält folgende Fassung:
...
19. Anhang 8 Anlage 1 erhält die Fassung der neuen Anlage 1 des Anhangs VII dieses Abkommens.
20. Anhang 8 Anlage 2 erhält die Fassung der neuen Anlage 2 des Anhangs VIII dieses Abkommens.
21. In Anhang 8 wird die Anlage 5 gemäss Anhang IX dieses Abkommens angefügt.
22. In Anhang 9 Artikel 3 wird folgender Absatz 3 angefügt:
...

Art. 2

- (1) Die Anhänge I–IX sind Bestandteile dieses Abkommens.
- (2) Dieses Abkommens ist Bestandteil des Abkommens. Es gilt für dieselbe Dauer und zu denselben Bedingungen wie das Abkommen.

³ Gemäss der Verordnung (EG) Nr. 753/2002: Art. 14 Abs. 1 Bst. c, Art. 24, Art. 28 und Art. 29 für traditionelle Begriffe der Gemeinschaft sowie Art. 28 Bst. a und Art. 31 für geografische Angaben.

⁴ N.B.: Teil II der früheren Anlage 3 wird gestrichen.

Art. 3

(1) Die Fassungen des Abkommens einschliesslich aller Anhänge, Protokolle und der Schlussakte in bulgarischer, tschechischer, estnischer, ungarischer, lettischer, litauischer, maltesischer, polnischer, rumänischer, slowakischer und slowenischer Sprache sind gleichermaßen verbindlich.

(2) Der mit Artikel 6 des Abkommens eingesetzte Gemischte Ausschuss genehmigt diese neuen verbindlichen Sprachfassungen des Abkommens.

Art. 4

(1) Dieses Abkommen wird von den Parteien nach ihren eigenen Verfahren ratifiziert oder genehmigt.

(2) Die Parteien notifizieren einander den Abschluss dieser Verfahren.

(3) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag nach Notifizierung des Abschlusses des letzten Genehmigungsverfahrens in Kraft. Dieses Abkommen wird ab dem ersten Tag des zweiten Monats nach seiner Unterzeichnung vorläufig angewandt.

Art. 5

Dieses Abkommen ist in zwei Urschriften in deutscher, französischer, italienischer, bulgarischer, dänischer, englischer, estnischer, finnischer, griechischer, lettischer, litauischer, maltesischer, niederländischer, polnischer, portugiesischer, rumänischer, schwedischer, slowakischer, slowenischer, spanischer, tschechischer und ungarischer Sprache abgefasst, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die
Schweizerische Eidgenossenschaft:

Jacques de Watteville

Für die
Europäische Gemeinschaft:

Milena Vicenová

Anhang I

Anhang 4

Anlage 3

...

Anhang II

Anhang 7

Anlage 1

...

Anhang III

Anhang 7
Anlage 2 A.II

...

Anhang IV

Anhang 7
Anlage 2 B

...

Anhang V

Anhang 7

Anlage 3

...

Anhang VI

Anhang 7

Anlage 4

...

Anhang VII

Anhang 8

Anlage 1

...

Anhang VIII

Anhang 8
Anlage 2

...

Anhang IX

Anhang 8

Anlage 5

...

Schlussakte

*Die Bevollmächtigten
der Schweizerischen Eidgenossenschaft*
einerseits

*und
der Europäischen Gemeinschaft*
andererseits,

die in Brüssel am vierzehnten Tag des Monats Mai des Jahres zweitausendneun zur Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Europäischen Gemeinschaft zur Änderung des Abkommens zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Europäischen Gemeinschaft über den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen zusammengekommen sind,

haben die folgenden Erklärungen zur Kenntnis genommen, die dieser Schlussakte beigefügt sind:

1. Gemeinsame Erklärung zur Aktualisierung der Anhänge 7 und 8 des Abkommens zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Europäischen Gemeinschaft über den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen;
2. Erklärung der Gemeinschaft zu den Verfahren der Schweiz zur Verwaltung ihrer Zollkontingente.

Für die
Schweizerische Eidgenossenschaft:

Jacques de Watteville

Für die
Europäische Gemeinschaft:

Milena Vicenová

**Gemeinsame Erklärung
zur Aktualisierung der Anhänge 7 und 8 des Abkommens zwischen
der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Europäischen
Gemeinschaft über den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen**

Angesichts der Fortentwicklung der Rechtsvorschriften der Vertragsparteien seit der Ausarbeitung und Annahme des Abkommens zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Europäischen Gemeinschaft zur Änderung des Abkommens zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Europäischen Gemeinschaft über den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen verpflichten sich die Vertragsparteien, die Aktualisierung des Anhangs 7 über den Handel mit Weinbauerzeugnissen einerseits und des Anhangs 8 über die gegenseitige Anerkennung und den Schutz der Bezeichnungen im Sektor Spirituosen und aromatisierte weinhaltige Getränke andererseits nach den in dem Abkommen vorgesehenen Verfahren rasch voranzutreiben; dadurch soll insbesondere der Fortentwicklung des gemeinschaftlichen Besitzstands infolge der Annahme der Verordnung (EG) Nr. 479/2008 vom 29. April 2008 über die gemeinsame Marktorganisation für Wein (ABl. L 148 vom 6.6.2008, S. 1) und der Verordnung (EG) Nr. 110/2008 vom 15. Januar 2008 zur Begriffsbestimmung, Bezeichnung, Aufmachung und Etikettierung von Spirituosen sowie zum Schutz geografischer Angaben für Spirituosen (ABl. L 39 vom 13.2.2008, S. 16) durch das Europäische Parlament und den Rat der Europäischen Union Rechnung getragen werden.

Erklärung der Gemeinschaft zu den Verfahren der Schweiz zur Verwaltung ihrer Zollkontingente

Das am 1. Juni 2002 in Kraft getretene Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Europäischen Gemeinschaft über den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen (nachstehend «das Abkommen» genannt) eröffnet unter anderem Zollkontingente, um den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen zwischen den Vertragsparteien zu erleichtern. In der «Gemeinsamen Erklärung zur Verwaltung der schweizerischen Zollkontingente für den Fleischsektor durch die Schweiz», die dem Abkommen beigelegt ist, haben die Parteien ihre Absicht erklärt, gemeinsam das Verfahren der Schweiz zur Verwaltung ihrer Zollkontingente für den Fleischsektor zu überprüfen, um ein Verfahren zu erzielen, das weniger Handelshemmnisse mit sich bringt. Eine solche Überprüfung hat seit 2002 jedoch nicht stattgefunden.

Die Frage der Verwaltung im Wege von Ausschreibungen, wie sie von der Schweiz praktiziert wird, ist regelmässig in den Sitzungen des im Rahmen des Abkommens eingesetzten Gemischten Ausschusses für Landwirtschaft angesprochen worden. Dabei hat die Gemeinschaft mehrfach beklagt, dass der Rückgriff auf Ausschreibungen eine Einschränkung der vereinbarten bilateralen Zollpräferenz nach sich zieht, die sich als Handelshemmnis auswirkt.

Die Gemeinschaft ist erfreut über die Aufnahme bilateraler Verhandlungen im Hinblick auf die vollständige Liberalisierung des bilateralen Handels mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Lebensmitteln. Die Liberalisierung des Handels wird letztendlich zu einer Lösung dieser Frage führen. Angesichts der voraussichtlichen Dauer dieser Verhandlungen und der für die Umsetzung der Ergebnisse erforderlichen Zeit beantragt die Gemeinschaft jedoch, dass die Verfahren zur Verwaltung der Zollkontingente der Schweiz einstweilen angepasst werden, um Handelshemmnisse zu begrenzen.